

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Susanna Kahlefeld (GRÜNE)**

vom 03. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. September 2020)

zum Thema:

Keine Gespräche vor und nach der Räumung der Kiezneipe „Syndikat“ am 7.8.2020?

und **Antwort** vom 17. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Sep. 2020)

Frau Abgeordnete Susanna Kahlefeld (GRÜNE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24808

vom 03. September 2020

über Keine Gespräche vor und nach der Räumung der Kiezkneipe „Syndikat“ am
7.8.2020?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Trifft es zu, dass die Kommunikation zwischen der Versammlungsbehörde und den Anmelder*innen der Veranstaltung vor dem „Syndikat“ am 6./7.8.2020 zwischen dem 20.7. und dem 5.8. ausschließlich in einer einzigen E-Mail bestand? Trifft es ferner zu, dass es keine Initiative der Versammlungsleitung gab, auf die Veranstalter*innen zuzugehen, um über Bedingungen für die Gewährung der Versammlung am angemeldeten Ort – vor der Weisestraße 56 – zu sprechen?

2. Ein Gespräch wurde nicht gesucht? Warum nicht?

Zu 1. und 2.:

Im Themenzusammenhang mit der Räumung der Lokalität „Syndikat“ am 7. August 2020 erfolgten vorab sechs Versammlungsanmeldungen im dortigen Bereich, teilweise in den Nachtstunden des 5. August 2020. Bei drei der Versammlungen war der Beginn am 6. August 2020 sowie das Ende am 7. August 2020 vorgesehen. Für die kurzfristig angemeldeten Versammlungen erfolgte die behördliche Kooperation außerhalb des in der Fragestellung aufgezeigten Zeitraums. Sofern von den jeweiligen Veranstaltenden das Angebot zur Kooperation angenommen worden ist, wurden entsprechende Gespräche geführt. Begleitend hierzu fand eine Kommunikation über E-Mail statt. Neben einem am 5. August 2020 geführten Kooperationsgespräch mit dem Veranstaltenden der am 17. Juli 2020 angemeldeten Versammlung „Lange Nacht der Weisestraße gegen Verdrängung – Selbstbestimmte Kiezkultur feiern und erhalten“ fand die Kooperation durch Austausch mehrerer E-Mails, beginnend ab dem 20. Juli 2020, statt.

3. Es wurden 1.228 Polizeidienstkräfte, 3 Lichtmasten und ein Polizeihubschrauber eingesetzt. Warum wurde auf Besetzung statt Kommunikation gesetzt?

Zu 3.:

Es wird auf die Beantwortung der Frage 6 der Schriftlichen Anfrage Drs. 18/24533 verwiesen. Die in der Fragestellung aufgeführten personellen und technischen Ressourcen kamen zur Bewältigung der mehrtägigen Gesamteinsatzlage rund um das Amtshilfeersuchen des Obergerichtsvollziehers zur Räumung des Gewerbeobjekts „Syndikat“ einschließlich des Schutzes der angemeldeten

Versammlungen zum Einsatz. Die Gewährleistung der Kommunikation im Rahmen vielfältiger Versammlungen fand in der Einsatzvorbereitung und -durchführung Berücksichtigung.

4. Wie lange wurde auch nach dem 8.8. noch weiter regelmäßig Streife gefahren und warum? Warum und bis wann wird der Aufenthalt vor der Weisestraße 56 durch die Polizei unterbunden? Wann ist der Straßenraum wieder frei?

Zu 4.:

Im Anschluss an die polizeilichen Maßnahmen erfolgten bis in die Morgenstunden des 10. August 2020 temporär erhöhte und auf die Gefahrenabwehr ausgerichtete Präsenzmaßnahmen. In den Folgetagen wurde dies fortgeführt und im Rahmen der Lageentwicklung sukzessive verringert. Die polizeilichen Absperrungen für einen Teil der Neuköllner Weisestraße wurden zeitnah nach der vom Obergerichtsvollzieher vollzogenen Räumung aufgehoben und der öffentliche Straßenraum folgend freigegeben. Die Absperrungen unmittelbar vor der Weisestraße 56 wurden in den frühen Morgenstunden des 9. August 2020 aufgehoben.

5. Sind der Polizei die Belästigungen der Anwohner*innen der Weisestraße 56 durch den dort tätigen und untergebrachten (?) Sicherheitsdienst bekannt? Gab es in diesem Zusammenhang Polizeieinsätze? Was tut die Polizei zum Schutz der Mieter*innen und Nachbar*innen vor dem Sicherheitsdienst?

Zu 5.:

Diesbezügliche Erkenntnisse liegen der Polizei Berlin nicht vor.

Berlin, den 17. September 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport